

51 Prozent

Gegen was die Verteidigungsministerin kämpft



Nina Streeck

Mit des Mannes Liebe zu Kriegsspielzeug hat es eine besondere Bewandnis. Wird sie nicht geteilt, reagiert er ausserordentlich gekränkt. So jüngst Ueli Maurer, als das Volk es ablehnte, ihm und der Armee den Kampfjet Gripen zu finanzieren. Ähnlich pikiert gaben sich jetzt deutsche Offiziere und Ex-Militärs, als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ankündigte, Kinderkrippen für den Nachwuchs der Soldaten zu bauen und deren Stuben mit Flachbildfernsehern auszustatten - statt neues Kriegsgeschütz zu kaufen.

«Keine Ahnung vom Militär» habe Frau von der Leyen, polterte der ehemalige Generalinspekteur - und damit höchste Offizier - der Bundeswehr, Harald Kujat. Sie komme ihm vor «wie eine gute Hausfrau, die ihre Kinder versorgt». Lieber anonym und weinerlich statt mannhaft bereit zum offenen Kampf klagte ein anderer Offizier, die Verteidigungsministerin wolle den tapferen Soldaten wohl das «Image von Weicheiern und Warmduschern» verpassen. «Windeloffensive», «Hausfrauen-Wehrreform», «Schöner-Wohnen-Programm» oder «Wohlfühl-Kur», lauteten weitere Urteile.

Was war geschehen? Die erste Frau im Amte des Verteidigungsministers hatte ihr Reformprogramm für die Bundeswehr vorgestellt. Unter dem Motto «Aktiv. Attraktiv. Anders» soll die Truppe zu einem der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands werden. Die Soldaten können künftig in Teilzeit und mehr von zu Hause aus arbeiten sowie ihre Kinder in bundeswehreigenen Krippen und Kindergärten betreuen lassen. Sie werden weniger versetzt, und ihre Stuben erhalten schönere Möbel, freien Internetzugang und die besagten Flachbildschirme. Bewerbungen sind fortan auch online möglich, Führungskräfte bekommen Schulungen, um auf die Bedürfnisse ihrer Untergebenen besser einzugehen. 100 Millionen Euro lässt sich Ursula von der Leyen das kosten.

Mit der Häme, die ihr entgegenschlägt, setzt sich fort, was bei ihrer Ernennung im Dezember 2013 begonnen hat: Ein paar männliche Angsthasen sehen eine der letzten Männerbastionen fallen und bäumen sich auf. Machtverlust droht, die eifrig

gepflegten Geschlechterklischees geraten ins Wanken. Im Internet kursierte prompt eine Fotomontage von Ursula von der Leyen in tarnfarbener Unterwäsche; das ARD-Politmagazin «Bericht aus Berlin» entblödete sich nicht, ein Bild von ihr als halbnackter Lara-Croft-Figur mit zwei Knarren zu vertwittern.

Doch sind die sexistischen Reflexe ähnlich unangebracht wie der ebenfalls hörbare feministische Jubel über den vermeintlichen Sonderfall eines weiblichen Verteidigungsministers. In Berlin spielen solche Kategorien längst keine Rolle mehr. Seit bald neun Jahren wird Deutschland von einer Frau regiert, unter ihren Ministern fanden und finden sich teilweise noch heute ein Schwuler, ein Behinderter, ein Mann ausländischer Herkunft. Was zählt, ist politisches Geschick - und daran mangelt es Ursula von der Leyen nicht. Sie agiert ähnlich machtbewusst wie Angela Merkel und wird bereits als künftige Kanzlerkandidatin gehandelt. Indem sie sich das Verteidigungsministerium geangelt hat, hat sie sich in Position gebracht.

Wer sie als «Mutter der Kompanie» belächelt oder ihre Pläne für die Bundeswehr als «Wohlfühl-Reform» abtut, unterschätzt sie. Seit die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft wurde, droht der Bundeswehr Personalmangel. Von den 28 830 Freiwilligen, die 2011 zur Armee gestossen sind, hat rund ein Viertel den Dienst innert einem halben Jahr quittiert. 16 000 neue Soldatinnen und Soldaten müssten jährlich anfangen, um die bisherige Personalstärke zu sichern. Wie soll das gehen, wenn die Arbeitsplätze nicht attraktiv sind, auch und gerade für die Klugen und Begabten? Mit dem müden Kalauer von der «PR-Kanone» von der Leyen treffen die Kommentatoren immerhin etwas Richtiges: So viel wie zurzeit wurde lange nicht über die Bundeswehr geredet - für Frau von der Leyen nicht das Schlechteste.

Nina Streeck ist Redaktorin im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».